



Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Fraktion in der Energie-Enquête-Kommission

Deutscher Bundestag, Platz der Republik, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 94 242

Fax: (030) 227 – 96 860

e-mail: axel.berg@bundestag.de

Referent: Johannes Schiel

Berlin, den 13. März 2001

EuGH-Klage - Eigentor der "Egalstromlobby"

Zu dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum deutschen Strom-einspeisungsgesetz erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion in der Energie-Enquête-Kommission, **Dr. Axel Berg MdB**:

Das alte Stromeinspeisungsgesetz war keine staatliche Beihilfe für erneuerbare Energien. Eine gesetzliche Abnahmepflicht ist keine Übertragung staatlicher Mittel und damit keine Beihilfe. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) geht sogar noch über den Schlussantrag des Generalanwalts Jacobs hinaus: Auch der freie Warenverkehr in der Gemeinschaft wurde durch die deutsche Regelung nicht behindert.

Vor einem Jahr haben die Regierungsfractionen das Stromeinspeisungsgesetz durch das verbesserte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ersetzt. Weil die Einspeisevergütung nicht mit Steuergeldern finanziert wird, wie die Union immer wieder fordert, unterliegt auch das EEG nicht dem Beihilferecht. CDU/CSU und EU-Wettbewerbskommission stehen nun im Abseits. Den Stromunternehmen, die mit ausgefahrenen Ellenbogen gegen die Zahlung der Einspeisevergütung angestürmt sind, weil für sie nur der Preis zählt und ihnen die Art des Stroms egal ist, wurde die rechtliche Grundlage entzogen. Das unabhängige Gericht zeigt die rote Karte.

Generalanwalt Jacobs hatte in seinem Plädoyer Bedenken wegen einer möglichen Beeinträchtigung der Warenverkehrsfreiheit geäußert. Der Europäische Gerichtshof hat dieser letzten Hoffnung der Bremser der Energiewende nun eine deutliche Absage erteilt. Strom ist nicht irgendeine Ware. Die Vergütung von Strom aus erneuerbaren Energien verstößt nicht gegen die Warenverkehrsfreiheit, sondern bringt uns den Umwelt- und Klimaschutzziele der EU ein Stück näher.

Ziel einer nachhaltigen Wettbewerbspolitik ist nicht Diktatur des Marktes, sondern ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Die Freiheit der Ware steht nicht über Natur und Menschen. Bisher konnte Strom aus erneuerbaren Energien gegen schmutzigen "Egalstrom" kaum bestehen. Angesichts milliardenschwerer Subventionen für Kohle und Atom kann von einem fairen Wettbewerb für erneuerbare Energien in Europa nicht die Rede sein. Erst die Einspeisevergütung gibt Energien, die das Klima nicht belasten und Restrisiken ausschließen, eine Chance. Deutschland hat mit Stromeinspeisungsgesetz und EEG mehr Wettbewerbsgerechtigkeit hergestellt. Die Klage erweist sich als Eigentor.

Wahlkreisanschrift: Karl-Theodor-Straße 68, 80803 München, Tel.: (089) 39 41 80, Fax: (089) 33 02 99 06,
e-mail: axel.berg@wk.bundestag.de